

HK Kleine Demokratien

Dozent: Dr. Nils Bandelow

Protokoll vom 07.07.2004

Indra Berghahn

BA Sozialwissenschaften 4. Sem.

Matr.Nr. 1544976

Verhandlungsdemokratie in Mazedonien

Die Republik Mazedonien, einer der kleinsten Staaten Europas, erklärte am 17.09.1991 seine Unabhängigkeit. Die faktische Unabhängigkeit wurde jedoch erst am 27.03.1992 mit dem Abzug der jugoslawischen Volksarmee erreicht. Durch ein Gesetz zur Verteidigung und die Einführung einer eigenen Währung wurde die Unabhängigkeit bis Mitte des Jahres erweitert. Die Unabhängigkeit wurde von den mazedonischen Bürgern in einem Referendum entschieden. Die andere Alternative zu einer eigenständigen Republik wäre ein erneuter Beitritt zu einem jugoslawischen Staatenbund gewesen. Es handelt sich um eine parlamentarische Demokratie, wobei der Staatspräsident Kiro Gilgorov bis zum Jahre 1995 faktisch mehr Kompetenzen hatte, als ihm verfassungsrechtlich zustanden. Mazedonien ist ein multinationaler Staat. Die slawischen Mazedonier stellen mit 66,5% die Hauptbevölkerungsgruppe dar. Die Albaner haben einen Bevölkerungsanteil von 22,9 Prozent, wobei sie jedoch gegenüber den Mazedoniern ein wesentlich höheres Bevölkerungswachstum haben. Daneben leben noch Türken, Serben, Roma, Aromunen und slawische Muslime als kleinere Minderheiten in Mazedonien. Es können zwei Hauptkonfliktlinien in der mazedonischen Politik genannt werden. Dies ist zum einen der ethnisch-nationale Konflikt zwischen Mazedoniern und Albanern und zum anderen der Konflikt zwischen den Postkommunisten und den Antikommunisten. Die Spannungen zwischen den zwei ethnischen Hauptbevölkerungsgruppen sind, neben der katastrophalen ökonomischen Lage des Landes mit einer offiziellen Arbeitslosenrate von 32,5%, der größte Destabilisierungsfaktor der Republik. Die Regelungen zu Minderheitenfragen, die in der Verfassung von 1991 getroffen wurden haben zwar die innenpolitische Stabilität lange Zeit aufrecht erhalten können, aber sie konnten nicht die Ursachen für den Konflikt beheben. Zudem erhöhten sich die Spannungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen auf Grund des Kosovo-Konfliktes. Am 13.08.2001 wurde von den vier größten mazedonischen und

albanischen Parteien ein Reformpaket unterzeichnet, welches die albanischen Forderungen stark berücksichtigt. Dies geschah auf Grund einer Staats- und Systemkrise die durch den Einfall der UCK nach Mazedonien und die verbreitete Sympathie vieler Albaner mit der UCK zusammen hängt.

Die Republik Mazedonien war von 1991 bis heute mal mehr und mal weniger eine Verhandlungsdemokratie. In der Zeit von 1991 bis 1995, während der sehr starken Stellung des Präsidenten Gligorov, kann man das politische System als konkordanzdemokratisch bezeichnen. In dieser Zeit wurden die relevanten innen- und außenpolitischen Themen von allen Parteien und dem Präsidenten gemeinsam behandelt. Ende des Jahres 1995 wurde die Stellung der Regierung gegenüber dem Präsidenten stärker, was eine Verringerung der konkordanzdemokratischen Züge im politischen System zur Folge hatte. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 1998 verstärkte sich diese Entwicklung durch zunehmende Konflikte zwischen der Regierung und dem Präsidenten. Die System- und Staatskrise 2001 führte jedoch zu einer erneuten Stärkung der konkordanzdemokratischen Züge. Es wurde ein Gremium eingerichtet, welches den Dialog zwischen den Vertretern der verschiedenen ethnischen Gruppen sichern soll. Dieses ist dem Präsidentenamt untergeordnet und verstärkt somit dessen Position gegenüber der Regierung.